

Liebe Leser\*innen des Infodienst Schuldnerberatung,

das Jahr 2019 neigt sich dem Ende zu, Weihnachten steht vor der Tür und wahrscheinlich sind Sie bereits in der verdienten Weihnachtspause.

Für die Schuldnerberatung war und ist es noch ein ereignisreiches Jahr:

Gleich drei Gesetzesvorhaben zu den Bereichen Insolvenzverfahren, Inkassorecht und Pfändungsschutzkonto wurden auf den Weg gebracht bzw. konkretisiert. Alle kommenden Änderungen werden Einfluss auf die Schuldnerberatung nehmen.

Die europäische Restrukturierungs- und Insolvenzrichtlinie vom Juni 2019 hat mit der Pressemitteilung des Justizministeriums im November konkrete Formen angenommen. Die verkürzte Restschuldbefreiung auf drei Jahre ist auch für Verbraucherinsolvenzen geplant. Konkret wurde die sukzessive Einführung der Verringerung der Verfahrensdauer mit Beginn ab dem 17.12.2019 angekündigt, so dass ab dem 17.07.2022 die Restschuldbefreiungsfrist bei 3 Jahren läge. Eine mögliche Verschärfung des Verfahrens für den Schuldner, z.B. eine Ausweitung der ausgenommenen Forderungen, ist in der Pressemitteilung nicht enthalten.

Beim Gesetz zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht wurde ein Referentenentwurf vorgelegt, hier gibt es noch erheblichen Verbesserungsbedarf im Sinne des Verbrauchers, die Stellungnahme des AK Inkassowatch wurde auch auf unserer Seite veröffentlicht.

Der Referentenentwurf zum Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz (PkoFoG) wird sowohl von Verbraucherschützern als auch von Banken und der Wissenschaft einhellig kritisiert, weil das für die Nutzer\*innen ohnehin schon komplizierte P-Konto durch das Gesetzesvorhaben noch weiter bürokratisiert würde.

Unter diesem Link kann man einen Aufruf „Stoppt die Bürokratisierung durch das P-Konto-Fortentwicklungsgesetz“ mit Informationen und Unterzeichnungsmöglichkeit finden. Die dort ebenfalls aufgeführten bisherigen Unterzeichner ergeben eine beeindruckende Liste von Institutionen und Personen.

<https://www.zip-online.de/heft-48-2019/zip-2019-2283-ist-das-pfaendungsschutzkonto-noch-fuer-die-praxis-zu-retten-stoppt-die-buerokratisierung-durch-das/>

Über den Fortgang der Gesetzesvorhaben werden wir auch in 2020 berichten.

Wir bedanken uns herzlich für Ihr treues Lesen des Infodienst und wünschen Ihnen und Ihren Lieben gesegnete Weihnachten und einen schönen Übergang in 2020!

Ihr Redaktionsteam Infodienst Schuldnerberatung

## **Aktuelles**

### **BMJV zum europäischen Verbraucherinsolvenzrecht: Stufenmodell zur Verkürzung des Verfahrens soll ab 17.12.2019 umgesetzt werden!**

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/bmjv-zum-europaeischen-verbraucherinsolvenzrecht-stufenmodell-zur-verkuerzung-des-verfahrens-tritt-ab-17-12-2019-in-kraft/>

In einem Sonder-Newsletter informiert Rechtsanwalt Kai Henning heute (07.11.2019, die Red.) über den ersten Vorschlag von Bundesjustizministerin Lambrecht zur Umsetzung der

europäischen Restrukturierungs- und Insolvenzrichtlinie. Hier finden Sie eine Übersicht der angedachten Änderungen.

## **Infos**

### **Schuldneratlas 2019 enthält Beitrag zum Konzept „Soziale Schuldnerberatung“**

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/schuldneratlas-2019/>

Der Schuldneratlas 2019 zur Überschuldungssituation in Deutschland wurde vor wenigen Tagen von der Creditreform veröffentlicht. Hier finden Sie kurz aufgeführt die zentralen Ergebnisse der Datenanalyse des Schuldneratlas.

## **Praxisthema**

### **Zur Praxis des Forderungseinzugs der Bundesagentur für Arbeit**

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/zur-praxis-des-forderungseinzugs-der-bundesagentur-fuer-arbeit/>

In der Ausgabe August 2019 des „Sozialrecht-Justament“ beschäftigt sich Bernd Eckardt mit dem Forderungseinzug von SGB II-Leistungen (»Inkasso-Service« Recklinghausen). Hier finden Sie die Veröffentlichung ebenfalls.

## **Rechts- und Sozialpolitik**

### **Index der gerichtlichen Zwangsvollstreckung 2019**

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/index-der-gerichtlichen-zwangsvollstreckung-2018/>

Nicolas Mantseris entwickelte 2018 erstmals einen Index der gerichtlichen Zwangsvollstreckung. Wir freuen uns, dass er ihn im Infodienst Schuldnerberatung vorgestellt hat und hier fortführen will. Der Index soll künftig ein Baustein sein, der eine realistische Einschätzung zur Entwicklung von Vollstreckung und Überschuldung in Privathaushalten ermöglicht. Für 2019 liegt nun der neue Index vor. Da sich im letzten Index ein Rechenfehler eingeschlichen hat, wurde auch der Index 2018 aktualisiert.

## **Sozialrecht**

### **Neue Regelsätze ab 1.1.2020**

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/neue-regelsaetze-ab-1-1-2020/>

Wie auch in den Vorjahren werden die Regelbedarfssätze für die Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II), Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung steigen. Die Erhöhung beträgt 1,88 Prozent.

## **Inkassowatch**

### **Die Redaktion gratuliert dem AK InkassoWatch**

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/redaktion-gratuliert-akinkassowatch/>

Anfang November sollen erstmals Details zur nationalen Umsetzung der EU-Restrukturierungsrichtlinie zu erwarten sein, heißt es aus informierten Kreisen. Während wir also diesbezüglich noch etwas warten müssen, tut sich auf anderer Seite schon Konkretes: Seit Herbst 2015 setzt sich der AK InkassoWatch ([www.inkassowatch.org](http://www.inkassowatch.org)), ein überregionaler Arbeitskreis aus Wissenschaft, Verbraucherschutz und Praktikern der Schuldnerberatung kritisch und verbandsunabhängig mit den Beitreibungsmethoden und Abrechnungspraktiken von Inkassounternehmen und Mahnanwälten auseinander. Weitere Infos über die Tätigkeit des AKs finden Sie hier.

### **AK InkassoWatch veröffentlicht Stellungnahme zum Referentenentwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht“**

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/ak-inkassowatch-veroeffentlicht-stellungnahme-zum-referentenentwurf-eines-gesetzes-zur-verbesserung-des-verbraucherschutzes-im-inkassorecht/>

Der AK InkassoWatch hat auf Aufforderung des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung eine ausführliche Stellungnahme zum Referentenentwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht“ abgegeben und auf seiner Webseite veröffentlicht. Hier finden Sie die Veröffentlichung ebenfalls.